



# HESSISCHER LANDTAG

19. 11. 2009

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

**Änderungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
zu dem Dringlichen Antrag  
der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
betreffend Wahrnehmung der Fürsorgefunktionen  
gegenüber zwangspensionierten Steuerfahndern  
Drucksache 18/1560**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Es werden die folgenden Nrn. 3 bis 5 beigefügt:

- "3. Den vier betroffenen Steuerfahndern ist unverzüglich die Rückkehr in den Landesdienst zu ermöglichen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Finanzausschuss zu berichten, wie hoch die Personalkosten für die zwangspensionierten vier Steuerfahnder bisher waren.
5. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass der verurteilte Gutachter Thomas H. keine öffentlichen Gutachteraufträge mehr erhält."

**Begründung:**

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 19. November 2009

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Schaus**